Deutscher Bundestag **Drucksache 19/13656**
19. Wahlperiode 27.09.2019

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann, Heidrun Bluhm, Amira Mohamed Ali, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/9344 –

Gemeinsame Agrarpolitik ändern – Insektenfreundliche Landwirtschaft fördern

A. Problem

Der Verlust an biologischer Vielfalt ist für die Fraktion DIE LINKE. ein Symptom für systematische und strukturelle Ursachen, die nach ihrer Überzeugung in einem falschen Agrarmodell der Europäischen Union (EU) und in Deutschland begründet sind. Um die Artenvielfalt insgesamt und die Insektenvielfalt insbesondere zu erhalten und zu bewahren, braucht es nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE. insbesondere eine Ökologisierung der Landwirtschaft und eine Sicherung der Lebensräume. Ein strukturelles Umdenken in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU hin zu einer sozial-ökologischen Landwirtschaft, die nachhaltig produziert und mit guten beruflichen Rahmenbedingungen den ländlichen Raum stärkt, wird aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. dringend benötigt.

Mit dem Antrag auf Drucksache 19/9344 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, sich auf EU-Ebene u. a. dafür einzusetzen, dass in der neuen Förderperiode der GAP Zahlungen generell an ökologische und soziale Kriterien gebunden werden und insektenfreundliche Kulturflächen, wie z. B. Brachen, Schon- und Schutzstreifen, Hecken, Flurgehölze, Kleingewässer und Streuobstwiesen mit Blühaspekten, gefördert werden, die auf eine vielfältige Agrarlandschaft abzielen. Zudem soll die Bundesregierung aufgefordert werden, alle Möglichkeiten im Rahmen der GAP zu nutzen, um die besonders wichtigen Feld-, Wiesen-, Wald- und Gewässerrandstrukturen ökologisch aufzuwerten und dafür auch den Erhalt und die Schaffung eines Wegenetzes zu unterstützen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 19/9344 abzulehnen.

Berlin, den 25. September 2019

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Alois Gerig
Vorsitzender

Hermann Färber
Berichterstatter

Rainer Spiering
Berichterstatter

Stephan Protschka
Berichterstatter

Carina Konrad
Berichterstatterin

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Harald Ebner
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Hermann Färber, Rainer Spiering, Stephan Protschka, Carina Konrad, Dr. Kirsten Tackmann und Harald Ebner

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 104. Sitzung am 8. Juni 2019 den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf **Drucksache 19/9344** erstmals beraten und an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung und zur Mitberatung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion DIE LINKE. verweist darauf, dass der weltweit alarmierende Verlust an biologischer Vielfalt in der Kultur-, insbesondere in der offenen Agrarlandschaft, Konsens in der Wissenschaft ist. Im Zentrum der öffentlichen Diskussion steht ihr zufolge dabei häufig der Verlust an bestäubenden Insekten, weil dieser unmittelbar die dramatischsten Auswirkungen hat. Er muss nach Aussage der Antragsteller als eines der Zeichen für einen gravierenden Wandel im gesamten Ökosystem verstanden und diskutiert werden.

Der Verlust an biologischer Vielfalt ist für die Fraktion DIE LINKE. ein Symptom für systematische und strukturelle Ursachen, die nach ihrer Überzeugung in einem falschen Agrarmodell der Europäischen Union (EU) und in Deutschland begründet sind. Dieses Agrarmodell setzt nach Darstellung der Antragsteller strategisch auf Agrarexporte für einen Weltagrarmarkt, für den möglichst viele und möglichst billige agrarische Rohstoffe produziert werden sollen. Damit wird nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE. die Landwirtschaft auf eine billige Rohstofflieferfunktion reduziert, statt ihre gemeinwohlorientierte Versorgungsfunktion mit nachhaltig produzierten Lebensmitteln anzuerkennen. Von diesem Agrarmodell profitieren nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE. Saatgut-, Verarbeitungs- und Vermarktungskonzerne, die nach Auffassung der Antragsteller mit ihrer Marktübermacht und mit Rückendeckung ihrer Verbündeten in Politik, Verbänden und Wissenschaft ihre Interessen gegen die Agrarbetriebe und auf Kosten von Mensch und Natur durchsetzen. Dagegen formiert sich nach Aussage der Fraktion DIE LINKE. wachsender Widerstand in der Gesellschaft. Das Volksbegehren „Artenvielfalt & Naturschönheit in Bayern“ mit über 1,7 Millionen Unterschriften hat ihrer Meinung nach mehr als deutlich gemacht, dass dies immer mehr Menschen nicht mehr hinnehmen wollen.

Gleichzeitig hat den Antragstellern zufolge ein Umdenken in der Landwirtschaft begonnen. Das zeigt sich ihr zufolge im stetig wachsenden Anteil des Ökolandbaues an der gesamten Landwirtschaft und in der wachsenden Bereitschaft zur Veränderung in immer mehr konventionell produzierenden Betrieben. Die Politik muss aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. zwingend für Rahmenbedingungen in der Landwirtschaft sorgen, damit notwendiges Handeln nicht zum existenziellen Risiko für diese Betriebe wird. Um die Artenvielfalt insgesamt und die Insektenvielfalt insbesondere zu erhalten und zu bewahren, braucht es nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE. insbesondere eine Ökologisierung der Landwirtschaft und eine Sicherung der Lebensräume. Eine starke, in die Gesellschaft eingebundene und gemeinwohlorientierte Landwirtschaft benötigt ihr zufolge auch regionale Produktions-, Verarbeitungs- und Vermarktungsketten. Erzeugerinnen- und Erzeugerpreise müssen aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. auch dann kostendeckend sein, wenn von Seiten der Landwirtschaft nachhaltig produziert wird. Ein strukturelles Umdenken in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU hin zu einer sozial-ökologischen Landwirtschaft, die nachhaltig produziert und mit guten beruflichen Rahmenbedingungen den ländlichen Raum stärkt, wird aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. dringend benötigt.

Mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 19/9344 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden,

1. sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass u. a.
   a) in der neuen Förderperiode der GAP Zahlungen generell an ökologische und soziale Kriterien gebunden werden,

b) die Mittel für die zweite Säule der GAP (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums: ELER) nicht gekürzt werden und über die gesamte Förderperiode hinweg für die nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raumes bereitstehen, z. B. zur Förderung der biologischen Vielfalt, für eine insektenfreundliche und sozialökologische Landwirtschaft,

c) insektenfreundliche Kulturflächen, wie z. B. Brachen, Schon- und Schutzstreifen, Hecken, Flurgehölze, Kleingewässer und Streuobstwiesen mit Blühaspekten, gefördert werden, die auf eine vielfältige Agrarlandschaft abzielen,

d) der Erhalt der biologischen Vielfalt im Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittelwirkstoffe stärker gewichtet wird, um Totalherbizide wie z. B. Glyphosat oder besonders insektengefährliche Wirkstoffe wie z. B. Neonikotinoide nicht mehr zuzulassen,

2. alle Möglichkeiten im Rahmen der GAP zu nutzen, um die besonders wichtigen Feld-, Wiesen-, Wald- und Gewässerrandstrukturen ökologisch aufzuwerten und dafür auch den Erhalt und die Schaffung eines Wegenetzes zu unterstützen;
3. die Landschaftspflege und insbesondere die Weidetierhaltung in ihrer gemeinwohlorientierten Funktion zu unterstützen und angemessen zu fördern;
4. den Ökolandbau zu stärken und auszubauen;
5. regionale Produktions-, Verarbeitungs- und Vermarktungsketten zu unterstützen und zu fördern;
6. den Einsatz von glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln und Pflanzenschutzmittel mit Wirkstoffen aus der Gruppe der Neonikotinoide schnellstmöglich zu verbieten;
7. umgehend Regelungen in die Wege zu leiten, die den Pestizideinsatz auf das Nötigste reduzieren, sowie ein sofortiges Anwendungsverbot auf öffentlichen Flächen und ein Verbot des Onlinehandels für Pestizide;
8. die Forschung zu und die Anwendung von alternativen Maßnahmen bodenschützender und erosionsvermeidender Anbauverfahren sowie zum biologischen Pflanzenschutz zu unterstützen und weiter auszubauen;
9. den Schutz von Insekten als elementaren Bestandteil der durch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) angekündigten Ackerbaustrategie zu implementieren und mit dem Insektenschutzaktionsplan abzustimmen;
10. haupt- und nebenberuflich tätige Imkerinnen und Imker zu unterstützen;
11. die Herstellung und den Erhalt der biologischen Vielfalt durch Umsetzung des Dauerwaldprinzips in Wäldern zu unterstützen.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat in seiner 47. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/9344 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

1. Abschließende Beratung

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 19/9344 in seiner 34. Sitzung am 25. September 2019 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** wies darauf hin, dass das Bundeskabinett das Aktionsprogramm Insektenschutz (Aktionsprogramm) am 4. September 2019 verabschiedet habe. Es enthalte zahlreiche Maßnahmen, die dem Insektenrückgang entgegen wirken und die Artenvielfalt schützen sollen. Die Maßnahmen erstreckten sich auf zahl-

reiche Handlungsbereiche: Insektenlebensräume und Strukturvielfalt in der Agrarlandschaft fördern, Lebensräume für Insekten in anderen Landschaftsbereichen wiederherstellen und vernetzen, Schutzgebiete als Lebensräume für Insekten stärken, Anwendung von Pestiziden mindern, Einträge von Nähr- und Schadstoffen in Böden und Gewässer reduzieren, Lichtverschmutzung reduzieren, Forschung vertiefen - Wissen vermehren - Lücken schließen, Finanzierung verbessern - Anreize schaffen sowie Engagement der Gesellschaft befördern. Das Aktionsprogramm greife damit die wesentlichen Forderungen des Antrags der Fraktion DIE LINKE. bereits auf. Zudem kämen in seinem Rahmen, wie im Antrag gefordert, Mittel der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union (EU) zur Anwendung, z. B. für die Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen in der Agrarlandschaft. Im Antrag werde von einer Anreizwirkung gesprochen, d. h. alle freiwilligen Programme im Rahmen der GAP mit einer Anreizfinanzierung auszustatten. Es sei bemerkenswert, dass damit Arbeitskosten gemeint seien. Anreiz heiße aber, einen über die Kosten hinausgehenden Anreiz zu schaffen. Die generelle Bindung der GAP-Zahlungen an ökologische, soziale Kriterien sei nicht umsetzbar, weil die GAP mit ihrer Ausrichtung insgesamt neun Ziele verfolge, die nach ökologischen, wirtschaftlichen, soziologischen und territorialen Gesichtspunkten ausgerichtet seien. Der Antrag negiere, dass sich das BMEL u. a. schon für die Förderung von Modell- und Demonstrationsvorhaben im Bereich der Erhaltung und innovativen Nutzung der biologischen Vielfalt einsetze. Zudem existiere das vom BMEL koordinierte deutsche Imkereiprogramm, welches von der EU und Deutschland anteilig gefördert werde, in Höhe von jährlich 3,2 Millionen (Mio.) Euro. Auch die im Antrag der Fraktion DIE LINKE. geforderte Unterstützung der Weidetierhaltung finde schon statt. Um die sog. Wanderschäfer mit geringer eigener Fläche zu unterstützen, habe das BMEL die Förderrichtlinie Bundesprogramm Wolf mit einem Volumen von 1,05 Mio. Euro geschaffen.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, vom seinem Ansatz her enthalte der Antrag der Fraktion DIE LINKE. durchaus Punkte, die positiv seien. Die Fraktion der CDU/CSU habe allerdings schon umfassend dargestellt, was die Fraktionen der CDU/CSU und SPD für eine insektenfreundlichere Landwirtschaft bereits auf den Weg gebracht hätten. Daher gehe sie auf diese vorgestellten Aktivitäten nicht weiter ein. Das jüngst von der Bundesregierung verabschiedete Aktionsprogramm werde mit Sicherheit seine Wirkung zeigen. Deswegen wolle sie jenseits der Bewertung des Antrages der Fraktion DIE LINKE. etwas Grundsätzliches sagen. Im Umgang mit der Sprache sollte sich vorsichtiger verhalten werden. Die Aussagen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Aussprache könnten dermaßen interpretiert werden, dass alles, was die „große Koalition“ im besagten Bereich mache, in Gänze „Mumpitz“ sei. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sollte damit aufhören, zu sagen, dass sie generell alles besser wüsste. Wenn von ihr suggeriert werde, dass sich mit ihrer Landwirtschaftspolitik die Welt diametral verändern würde, könnten die Menschen zu dem Glauben kommen, dass dieses Land nur „gerettet“ werden könnte, wenn grüne Politik greife. Dann müssten die Menschen den Eindruck gewinnen, dass die Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „über das Wasser“ gehen könnten. Sie halte das für ausgesprochen gefährlich, weil in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen könnte, dass nur auf diese Signale gehört werden müsste und in Folge dessen in Deutschland alles funktionieren würde. Veränderungen würden ohne Zweifel bei der GAP gebraucht. Dabei würden Punkte mit der Fraktion der CDU/CSU strittig gesehen, was nicht dramatisch sei, da Demokratie ein Diskursprojekt sei. Die Fraktion der SPD halte das, was im Moment mit der GAP gemacht werde, für substanziell falsch. Im 20. Jahrhundert hätte es in Deutschland zwei komplette Geldentwertungen gegeben, in deren Folge Sparer den Großteil ihrer Ersparnisse verloren hätten. Die einzigen, die dabei unbeschadet weg gekommen seien, wären insbesondere die Bodeneigentums- und die Fabrikbesitzer gewesen. Im 21. Jahrhundert befände sich das Land wieder in einer Situation, wo die Gefahr bestehe, dass Sparer ihr Erspartes verlieren würden. Der Staat gehe im Fall der GAP dazu über, Grund und Boden über Steuergelder der EU zu verzinsen. Das halte sie im Grundsatz jenseits aller anderen Überlegungen für falsch.

Die **Fraktion der AfD** äußerte, grundsätzlich sei der Antrag der Fraktion DIE LINKE. nicht falsch. Leider enthalte er relativ wenig praktikable Lösungen. In ihm werde z. B. davon gesprochen, räumliche und funktionale Biotopverbünde zu fördern und auszubauen sowie haupt- und nebenberuflich tätige Imkerinnen und Imker zu unterstützen. Leider verschweige die Fraktion DIE LINKE., was sie sich konkret darunter vorstelle und wie es funktionieren sollte. Für die neue Förderperiode der GAP wünsche sich die Fraktion DIE LINKE., dass Zahlungen generell an ökologische und soziale Kriterien gebunden werden sollten. Diese Möglichkeit gebe es bereits über das Greening und die Cross-Compliance-Regelung im Rahmen der bestehenden GAP. Ferner fordere die Fraktion DIE LINKE., dass der Ökolandbau gestärkt und ausgebaut werden sollte. Auch hier bleibe der Antrag beim „Wie“ vage. Fakt sei, dass ökologisch wirtschaftende Betriebe bereits heute schon doppelt so hohe Subventionen erhielten wie konventionell wirtschaftende Betriebe, während die in Deutschland von Biobetrieben betriebene landwirt-

schaftliche Fläche bei 7,1 Prozent stagniere. Die erhöhten Subventionen im Ökolandbau sorgten für extreme Wettbewerbsverzerrungen, da die Preise der Bioprodukte durch Steuergelder künstlich niedrig gehalten würden und mengenmäßig die Produkte leider auch schon beim Discounter Absatz fänden. Dazu käme der höhere Flächenverbrauch durch die ökologische Landwirtschaft. Der rein nationale Ansatz der Fraktion DIE LINKE, ggf. die nationalen Insekten schützen zu wollen, würde aber aufgrund der dann notwendigen Agrarimporte für ein weltweit dramatisches Insektensterben sorgen. Der Fraktion der AfD glaube nicht, dass das der richtige Weg sei. Solche Dinge sollten global gesehen werden. Außerdem fordere die Fraktion DIE LINKE., dass der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln auf das Nötigste reduziert werden sollte. Sie verschweige die Tatsache, dass Pflanzenschutzmittel vom Landwirt generell nur eingesetzt würden, wenn eine gewisse Schadensschwelle erreicht oder überschritten sei, d. h. ihr Einsatz wirklich notwendig sei. Die Fraktion DIE LINKE. hätte in diesem Zusammenhang vor einigen Monaten die Möglichkeit gehabt, den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 19/7429 zu unterstützen anstatt ihn abzulehnen. In ihrem Antrag habe die Fraktion der AfD konstruktive Möglichkeiten zur Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln aufgezeigt.

Die **Fraktion der FDP** bemerkte, der Antrag der Fraktion DIE LINKE. sei in sich widersprüchlich. Bereits im ersten Absatz würden völlig unterschiedliche Begriffe gleichgesetzt, denn biologische Vielfalt und Insektenbiomasse seien zwei völlig unterschiedliche Dinge. Die Aussage, dass in Schutzgebieten die Biomassse von Fluginsekten zwischen 1989 und 2015 um 75 Prozent zurückgegangen sei, beziehe sich auf die sog. Krefelder Studie. Diese Studie habe viel Aufmerksamkeit erregt und sei leider selten korrekt interpretiert worden. Die Methodik der Studie sei nicht zu kritisieren. Die Studie sei mit viel, insbesondere ehrenamtlichen Engagement entstanden. Das eigentliche Problem sei bei ihr jedoch, dass eine Fehlinterpretation in der medialen Öffentlichkeit stattgefunden habe. Die Studie sei nicht repräsentativ für Gesamtdeutschland. In ihr würde nicht die Schlussfolgerung gezogen, dass die Landwirtschaft für den Rückgang der Biomasse verantwortlich sei. In der Studie sei Insektenbiomasse und nicht die biologische Vielfalt gemessen worden. Das für die Studie untersuchte Naturschutzgebiet Orbroicher Bruch sei 1991 unter Naturschutz gestellt worden. Sie frage sich, wenn die Situation dort 1989 gut gewesen sei und die heutige Situation als schlecht dargestellt werde, wie es dann möglich sei, dass sich die Insekten bis 1989 ohne Naturschutzgebiet dort positiv entwickelt hätten und heute, trotz des Status als Naturschutzgebiets, die Insektenbiomasse zurückgegangen sei. 1989 existierten um das spätere Naturschutzgebiet zahlreiche landwirtschaftliche Betriebe mit Weidehaltung. Bis heute hätten dort zahlreiche Betriebe aufgegeben, d. h. Weidehaltung finde dort nur noch marginal statt. Damit könnten sich auch all die Insekten nicht mehr entwickeln, die damals dort auf eine Weidetierhaltung angewiesen gewesen wären. Deshalb seien die Grundannahmen im Antrag der Fraktion DIE LINKE. falsch. Das treffe zudem auf dessen Forderungen zu. Immer mehr zusätzliche Auflagen bzw. Bewirtschaftungsvorgaben hätten den jahrzehntelangen Strukturwandel in der Landwirtschaft vorangetrieben und trieben ihn im Moment zu einem Strukturbruch voran. Das habe dazu beigetragen, dass eine Landwirtschaft, die das Vorkommen einer großen Insektenbiomasse begünstige, heute nicht mehr existiere. Die Betriebe würden immer größer. Es gebe auch aufgrund von Auflagen keine Misthaufen mehr am Feldrand. Güllebehälter und organische Substanz würden heute quasi von der Natur abgeschirmt. In genau diese Richtung noch mehr gehen zu wollen, sei der falsche Weg.

Die **Fraktion DIE LINKE.** legte dar, bei der GAP nach 2020 seien viele Stellschrauben zu ändern, um die gesellschaftliche Legitimität wiederherzustellen bzw. zu sichern. Über die GAP hinaus müssten die gesamten Rahmenbedingungen der Landwirtschaft in Bezug auf die Arten– und Insektenvielfalt diskutiert werden, auch wenn die Landwirtschaft nicht die einzige sei, die Einfluss darauf habe, wie viel Insekten oder andere Naturressourcen vorhanden seien. Sie hoffe auf die Einsicht aller Fraktionen, dass die Landwirtschaft mit ihrem derzeitigen Agrarmodell viel damit zu tun habe, dass es in relativ kurzer Zeit zu einem massiven Verlust von biologischer Vielfalt gekommen sei. Insekten seien Teil des Ökosystems, d. h. wenn sie verloren gingen, bestünden u. a. Probleme mit insektenfressenden Vögeln. Die Landwirtschaft müsste an der Vielfalt an Insekten Interesse haben, weil diese als Bestäuberinnen und Bestäuber noch eine sehr große Rolle spielten. Sie seien viel effektiver als Honigbienen. Deswegen schlage die Fraktion DIE LINKE. in ihrem Antrag verschiedene Dinge vor, die getan werden könnten, um die Landwirtschaft insektenfreundlicher auszugestalten. Sie weise ausdrücklich darauf hin, dass sie der Landwirtschaft helfen wolle. Bei Gesprächen mit den landwirtschaftlichen Betrieben könne gespürt werden, dass viele Betriebe etwas bzw. das Richtige für die biologische Vielfalt tun wollen. Oftmals wüssten diese allerdings nicht, was tatsächlich ihrem Standort effizient helfe. Andererseits bekämen sie zu wenig Unterstützung, zumal sie oft - gerade nach den beiden letzten Dürresommern - ohnehin „mit dem Rücken an der Wand“ stünden. Es stelle sich die Frage, wenn Betriebe mit einem vernünftigen, nachhaltigen Wirtschaften in wirtschaftliche Schwierigkeiten

kämen, ob hier die Gesellschaft nicht mehr Unterstützung geben müsste. Es gehe u. a. um rechtliche Rahmenbedingungen und um Fördergelder, die in den „richtigen Taschen“ landen müssten und nicht in der von z. B. landwirtschaftsfremden Investoren. Es gehe nicht nur um „schöne Blumen am Wegesrand“, sondern um ein ökologisches Konzept, das der Landwirtschaft ihre Produktionsgrundlage sichere. Daher müsse dringend gehandelt werden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** merkte an, den Beitrag der Fraktion der FDP habe sie als „pseudowissenschaftliche“ Interpretation der sog. Krefelder Studie empfunden. Da wäre es einmal gut gewesen, mit den Expertinnen und Experten zu reden, die zu diesem Thema schon mehrfach im Bundestag zu Gast gewesen wären. Die Argumentation der Fraktion der FDP sei widersprüchlich. Die Änderung einer Landnutzung sei auch Landwirtschaft. Wenn sich bei ihr etwas ändere, dann habe es auch etwas mit veränderten Strukturen in der Landwirtschaft zu tun. Deshalb müsse sich darüber ausgetauscht werden, wie die Politik die Rahmenbedingungen setze, dass gemeinsam eine gute Landwirtschaft geschaffen werde. Die Landwirtschaft müsse beides sein, d. h. sowohl ökonomisch einträglich und auskömmlich für die Bäuerinnen und Bauern als auch ökologisch nachhaltig. Es sei die Aufgabe der Agrarpolitik, dieses gemeinsam hinzubekommen. Deshalb finde sie es positiv, dass die Fraktion DIE LINKE. einen Antrag vorlegt habe, der sich Gedanken darüber mache, wo umgesteuert werden könnte und hierbei vorneweg die Umschichtung der GAP-Mittel genannt habe. In einigen Punkten bleibe der Antrag zu unscharf, z. B. in der Frage, was gegen Flächenfraß gemacht werden müsse und wie die Fördermaßnahmen bei der Imkerei aussähen. Sorgen mache der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Aktionsversuch der „großen Koalition“ zum Thema Insektenschutz. Der Untertitel des Aktionsprogramms, „Gemeinsam wirksam gegen das Insektensterben“, könne nur als „Verbrauchertäuschung“ bezeichnet werden, weil hier wirklich nichts wirksam sei. Das Aktionsprogramm sei ein Sammelsurium von „schöner Lyrik“ mit vielen Hintertüren bei seinem Inhalt. Es enthalte z. B. keine Konditionierung der Agrargelder oder Mindestanforderungen an nicht produktive Flächen. Bei der Ausgestaltung von Flächen im Zusammenhang mit der sog. grünen Architektur der zukünftigen GAP wolle die Bundesregierung nicht unter das derzeitige Umweltniveau zurückfallen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halte es für eine „Lachnummer“, damit die derzeitige katastrophale Lage bei Insektenvielfalt von Agrarflächen verbessern zu wollen. Beim Ökolandbau würden Kürzungen im Bundeshaushalt vorgenommen und gleichzeitig sagten die Fraktionen der CDU/CSU und SPD, dass mehr Ökolandbau gebraucht werde. Der Glyphosat-Ausstieg werde von ihnen auf die nächste (20.) Legislaturperiode verschoben.

2. Abstimmungsergebnis

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 19/9344 abzulehnen.

Berlin, den 25. September 2019

Hermann Färber Berichterstatter	**Rainer Spiering** Berichterstatter	**Stephan Protschka** Berichterstatter
Carina Konrad Berichterstatterin	**Dr. Kirsten Tackmann** Berichterstatterin	**Harald Ebner** Berichterstatter